

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

"Zu Pfingsten gibt es nichts", soll ein kleiner Junge einmal gesagt haben, "kein Christkind und keinen Osterhasen." Materiell gesehen hat er recht. Den Geschäftsleuten fällt es schwer, zu Pfingsten einen Rummel zu entfalten, der dem adventlichen und österlichen gleichkommen könnte.

Einfach zu vermarkten und in Gebrauch zu nehmen ist er nicht, dieser Geist, dem Christen zwei Feiertage widmen. Selbst der Duden, der den Gehalt der deutschen Sprache zu erfassen sucht, hat zum Anlaß von Pfingsten nur wenig zu erklären. Vom Geist ist vor allem die Rede, wenn er verwirrt ist, abwesend oder ganz aufgegeben wird. Seltener wird von seiner Gegenwart gesprochen, seiner Kraft, wenn er wie ein Blitz das Dunkel der Gedanken erhellt, oder den Gaben, die er verleiht. Der Geist, dessen Bewegung an Pfingsten gedacht wird, vereint Vernunft und Gefühl. Von ihm kommen individuelle Gaben und Selbstbewußtsein ebenso wie die Befähigung zu Alltäglichem und Außerordentlichem. Der Geist, der gleichermaßen in Männern und Frauen wirksam ist, ist Kraft zum Leben und zur Veränderung. Ist das "nichts"...???

In diesem Sinne: Frohe Pfingsten !!!

IF

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Gesundheitsreform nicht kompromisstauglich ...S.2

Rente: Chaos-Debatte ...S.3

Tourismus mit rückläufigem Umsatz ...S.4

Krach bei Rot-Grün in NRW ...S.5

Bundesregierung schönt OECD-Bericht ...S.5

Affäre Hirsch/Schröder-Hombach wird zum Zeugen gegen rot-grüne Wahrheitsverdreher ...S.6

Minus in der Krankenkasse ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Gesundheitsreform nicht kompromisstauglich!



Die Vorschläge von Frau Schmidt leiden an so schweren Mängeln, dass hier nicht von kleinen Schritten in die richtige, sondern von großen Schritten in die falsche Richtung gesprochen werden muss:

Das Gesundheitswesen wird nicht einem Wettbewerb ausgesetzt, in dem der Patient im Mittelpunkt steht, sondern in dem die niedergelassenen Fachärzte der Nachfragemacht der Kassenfunktionäre und der Marktzugangsentscheidung einer staatlichen Zentralbehörde – dem Institut für Qualität in der Medizin – ausgesetzt werden. Das ist Monopolsicherung auf neue Art.

Die Lohnnebenkosten werden nicht gesenkt, sondern nur teilweise vom Arbeitgeber- auf den Arbeitnehmerbeitrag umgeschichtet. Das Ziel 13% wird de facto aufgegeben.

Die Umfinanzierung durch die Tabaksteuer ist in Umfang und Zeitrahmen völlig unseriös und zudem wirtschaftspolitisch in dieser Situation höchst schädlich.

Die Eigenbeteiligung der Patienten wird zu dirigistischen Eingriffen in das Prinzip der freien Arztwahl missbraucht, statt zu gesundheitsbewussterem Verhalten anzuregen und die GKV-Financen zu entlasten.

Die Verschärfung der staatlichen Arzneimittelbewirtschaftung schwächt den Pharmastandort Deutschland, ohne die Kosten zu reduzieren.

Ingrid Fischbach: "Zusammen mit einem Zeitplan, der in dieser Form eine offene Missachtung des Parlaments darstellt, zeigt die Struktur dieser „Reform“, dass die Koalition bisher kompromissunwillig und dieses Machwerk kompromissuntauglich ist. Wir werden nicht wegen noch so

lautem Konsensgeschrei der Öffentlichkeit einer grundfalschen Richtungsentscheidung zustimmen."



Rente: Chaos-Debatte

Die aktuelle Debatte um die Rentenreform, ausgelöst vom Bundesfinanzminister und Frau Göring-Eckard markiert einen neuen Höhepunkt an destruktivem Durcheinander:

Der Finanzminister erklärt, der Steuerzuschuss sei über die letzten Jahre viel zu stark angestiegen – dabei hat Rot-Grün seit fünf Jahren mit der ständig angehobenen Ökosteuer genau diesen Kurs als rentenpolitische Reformtat propagiert.

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen meint, man solle insbesondere bei den höheren Renten kürzen und gibt damit so nebenbei das ganze Prinzip der beitragsbezogenen Rente zum Abschluss frei, ohne zu sagen, was an die Stelle treten soll.

Die Koalition kündigt erst die Wiedereinführung des Demographischen Faktors unter dem Namen „Nachhaltigkeitsfaktor“ an, um dann durch Frau Schmidt erklären zu lassen, das brauche man erst später, daraufhin wiederum durchblicken zu lassen, in 2004 müsse man wegen schlechter Kassenlage die Rentenanpassung abändern - zum dritten Mal in sechs Jahren Rot-Grün. 50% Ausnahmen bedeuten: Es gibt keine Regel mehr.

Zum Schluss stellt Hans Eichel auch noch den Umfang der Förderung der Riester-Rente zur Disposition mit den Worten „*Da habe ich mich über den Tisch ziehen lassen. Das muss zurückgefahren werden.*“ (Die Welt 30.5.2003). So macht die Bundesregierung auch dem letzten Rentner, Versicherungsnehmer und Beitragszahler klar: „Worauf Du bei Deinen Altersplanungen bautest, kannst Du getrost vergessen.“



Wußten Sie schon,

... dass jeder Deutsche im Schnitt 14700 Euro auf seinem Sparkonto hat ?
Doch wer in Berlin wohnt, bringt es nur auf gut die Hälfte dieses Betrags: 7500 Euro. Dass die Sparneigung in der Hauptstadt weniger ausgeprägt ist als im Rest des Landes, zeigt sich auch beim Anteil des verfügbaren Einkommens, der auf die hohe Kante gelegt wird: Bundesweit sind es durchschnittlich 14 Prozent, in Berlin 12 Prozent. Als ein Grund gilt die hohe Zahl von Singlehaushalten in der Stadt.

Wie es stattdessen kommt, sagen wir Dir nicht. Wenn Du Dich auf die Politik verlassen hast, bist Du selber Schuld.“



Fazit: Die Rentenpolitik der rot-grünen Bundesregierung wird von ihren eigenen Erschaffern planlos wieder eingerissen und mit ihr das letzte Vertrauen der Versicherten in die gesetzliche Rentenversicherung. Im Übrigen bedeutet es auch den x-ten Bruch eines Kanzlerwortes, der noch im Dezember ganz anders im Bundestag geredet hatte. Die Folge ist die mutwillige Beschädigung der Reformfähigkeit der Gesellschaft und staatspolitisch unverantwortlich.

Ingrid Fischbach: "Für uns steht im Vordergrund: Verlässlichkeit ist oberstes Gebot! Nur ein langfristiger Reformentwurf kann jetzt noch die gesetzliche, solidarische Rente sichern. In diesem Zusammenhang werden auch die Rentner ihren Beitrag leisten müssen. Das Rentenniveau wird durch den Einbau eines demographischen Faktors langsam niedriger werden, aber es muss so berechenbar geschehen, dass jedem der rechtzeitige Aufbau einer privaten und möglichst auch einer betrieblichen Altersvorsorge möglich ist."

Tourismus mit rückläufigem Umsatz

Die deutsche Tourismusbranche litt im ersten Quartal deutlich unter der schwachen Inlandskonjunktur. Die Zahl der Übernachtungen ging in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 4% gegenüber dem Vorjahr zurück.

Das Minus geht dabei allein auf das Konto der Inlandsbuchungen: Die Nachfrage von deutschen Gästen ging um 5% zurück, während die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste leicht stieg. (Quelle: Reuters 21.5.2003)

Krach bei Rot-Grün in NRW



Die Koalitionäre in Düsseldorf scheint derzeit nicht mehr viel zu verbinden. Fast täglich schießt die SPD, vor allem Ministerpräsident Peer Steinbrück, Giftpfeile in Richtung der Grünen ab. Und trotz aller Ergebenheitsadressen der Grünen an das alterslahme „Projekt Rot-Grün“ sollen sogar schon Kabinettlisten einer möglichen rot-gelben Regierung kursieren. Festzuhalten bleibt: Steinbrück will die Grünen angesichts der für ihn und seine Genossen unterirdischen Umfrageergebnisse offenbar am liebsten loswerden. Der Bundeskanzler scheint nicht in der Lage, ihn davon abzubringen, ob er dazu überhaupt willens ist, ist nicht ganz klar.

Auch wenn der Bruch am Ende der „Klärungsphase“ zum x-ten Mal abgewendet werden sollte: Die Stimmung ist auf dem Nullpunkt. Eine nach fast 40 Jahren Regierungsverantwortung verbrauchte SPD, sei es mit Grünen, die vor lauter Krötenschlucken unter schweren Magengeschwüren leiden, sei es mit den Liberalen, die dann das Krötenschlucken übernehmen müssen, wird kaum in der Lage sein, NRW tatkräftig in eine gute Zukunft zu führen.

Bundesregierung schönt OECD-Bericht

Die Bundesregierung hat die übliche Endredaktion des jährlichen OECD-Berichts zur umfassenden Abschwächung deutlicher Kritik genutzt. Ganze Passagen, die eine schonungslose Bestandsaufnahme struktureller Probleme der deutschen Volkswirtschaft enthielten, wurden umgeschrieben oder auf Wunsch der Bundesregierung gestrichen. So wurde z.B. aus dem Satz „*Es ist unwahrscheinlich, dass der Haushalt kurzfristig ausgeglichen wird.*“ die Formulierung „*Die Bundesregierung hat sich zu einer Politik der strengen Haushaltskonsolidierung verpflichtet.*“



Spruch der Woche

*"Die kann nix, die will nix,
die macht nix."*

Ein nicht namentlich
genannter prominenter
Grüner über
Bundesjustizministerin
Brigitte Zypries
(Quelle: Berliner Zeitung
30.05.03)

Ein OECD-Mitarbeiter kommt zum Schluss: „Der Bericht wurde auf Druck von Deutschland in einem Maße weichgespült, wie ich es in der Vergangenheit nicht erlebt habe.“ (Quelle: Handelsblatt 28.5.2003)



Wieder einmal zeigt sich: Diese Bundesregierung hat Probleme mit der Wahrheit! Anstatt kritische Analysen und Hinweise auf notwendige Reformmaßnahmen beim Wort zu nehmen, wird verdrängt, vertuscht und vertröstet.

Affäre Hirsch/Schröder – Hombach wird zum Zeugen gegen rot-grüne Wahrheitsverdreher

Der ehemalige Kanzleramtsminister Bodo Hombach unterstützt die Vorwürfe gegen Schröders „Sonderermittler“ Hirsch, der Regierung Kohl zu Unrecht Aktenvernichtung untergeschoben zu haben. Zu der von Hirsch wiederholt erhobenen Beschuldigung, vor Übergabe der Amtsgeschäfte an die neue Bundesregierung im Herbst 1998 seien Daten gelöscht worden, meint Hombach jetzt: „Die Bundeslöschtagge hat es nicht gegeben.“ (Quelle: FAZ 23.05.2003)

Minus in der Krankenkasse

Laut Bundesgesundheitsministerium haben die gesetzlichen Krankenkassen im ersten Quartal 2003 ein Defizit von 630 Millionen Euro hinnehmen müssen. Die Einnahmen der Kassen gingen nur geringfügig um 0,2% zurück, aber auf der Ausgabenseite wird weiterhin kaum eingespart. Hier machte sich besonders ein Anstieg bei den Heilmitteln um 8,2% bemerkbar. (Quelle: AP 3.6.2003)



... das Allerletzte!

15 Millionen Filme wurden im Jahr 2002 in Deutschland über das Internet ausgetauscht, obwohl wegen der Datenmenge das Herunterladen selbst bei einem DSL-Anschluss Stunden dauert. Vor allem Jugendliche ziehen sich auf diese Weise Kopien der neuesten Streifen.